

Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein

St.S. 1502/53

17. Juni 1953

Dem Herrn Bundeskanzler

Herr Bérard rief soeben an, um die letzten Nachrichten über die Lage in Berlin durchzugeben. Es scheint, daß es den sowjetischen und den sowjetisch kontrollierten Behörden noch nicht gelungen ist, Herr der Lage zu werden. Ansammlungen, die im sowjetischen Sektor noch immer stattfinden, lösen sich zwar bei der Annäherung von Polizei- und Militärwagen auf, formieren sich aber nach deren Verschwinden sofort wieder neu. Gerüchte, für die aber bisher keine Bestätigung vorliegt, besagen, daß es auch in der sowjetischen Zone zu erheblichen Unruhen gekommen sei. Man spricht dabei besonders von Magdeburg. Größere Streiks sind vor allem in bestimmten Städten bei den Telefonzentralen ausgebrochen.

Die Berliner Stadtkommandanten haben die heute früh berichtete Demarche bei den Berliner Behörden unternommen, um zu erreichen, daß die Versammlungen in größerem Abstand von der Sektorengrenze stattfinden. Dieser Schritt der Kommandanten war leider erfolglos. Die Behörden haben erklärt, daß sie die bereits getroffenen Vorbereitungen nicht rückgängig machen könnten. So wird eine große Versammlung auf dem Oranienplatz im amerikanischen Sektor nahe dem sowjetischen Sektor stattfinden. Die Hohe Kommission bedauert diese Entwicklung und ist besorgt.

Herr Bérard las mir sodann das gemeinsame Kommuniqué der Kommandanten vor. Das Wesentlichste daran ist die Zurückweisung der sowjetischen Behauptung, daß die Unruhen in der Ostzone von den Westsektoren angestiftet oder unterstützt worden seien.

Die Hohe Kommission selbst ist im Begriff, ein eigenes Kommuniqué zu veröffentlichen. Wesentlicher Inhalt: Die Hohe Kommission verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung. Sie ist in engem Kontakt mit den Berliner Kommandanten und mit den deutschen Behörden in Berlin und in der Bundesrepublik. Schließlich wird die „Sympathie“ der Hohen Kommission mit der betroffenen Bevölkerung ausgesprochen.

Hallstein

VS-Bd. 109 (Büro Staatssekretär)

[Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, Dok. Nr. 186, S. 578/79.]